№ 388 Abend-Ausgabe
B 192

Berlin

Freitag, 17. August 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 000 Mark

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteil): i. V. Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 5600—5663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686—5695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Steuerinflation.

Von

Georg Bernhard.

Im neuen Kabinett Stresemann wird neben dem Reichskanzler der Reichsfinanzminister die schwierigste Aufgabe zu leisten haben. Dr. Hilferding ist ein Mann von großen Kenntnissen auf dem Gebiet der Finanzen und des Geldwesens. Die Tatsache, daß er das Amt übernommen hat, darf als Beweis für einen Optimismus gelten, der glaubt, noch jetzt für die Gesundung der deutschen Staatsfinanzen und der deutschen Währung Ersprießliches leisten zu können. Dieser Optimismus ist an sich durchaus berechtigt. Denn die deutsche Finanzlage, so verworren sie auch dem Außenstehenden erscheint, wäre noch heute zu kurieren, wenn mit starker Hand zugegriffen wird, und wenn namentlich alle die sogenannten Sachverständigen ausgeschaltet werden, die lediglich auf ihren engen Gebieten technische Sachverständige sind, die jedoch von dem großen Zusammenhang der Fragen nichts verstehen und deren Rat bisher immer erheblich mehr Interessiertheit als Sachverständnis zutage treten ließ. Solch Optimismus ist außerdem aber erfreulich. Denn ohne Selbstvertrauen und Hoffnung kann Politik im allgemeinen schon nicht, geschweige denn Finanzpolitik in schwieriger Zeit gemacht werden. Aber gerade der augenblickliche Finanzminister wird es für selbstverständlich halten, daß auf solcher optimistischen Grundlage äußerste Skepsis in den Einzelheiten geboten ist. Und man sollte Dr. Hilferding deshalb äußerste Vorsicht gegenüber der Erbschaft empfehlen, die den neuen Männern vom alten Kabinett hinterlassen worden ist.

Der verflossene Finanzminister Dr. Hermes ist ein Mann von einer gefährlichen Gewandtheit, der es bisher noch stets sehr geschickt verstanden hat, selbst sehr vorsichtige Kritiker in den Glauben zu versetzen, daß er ganz ihrer Meinung sei und immer nur von anderen verhindert werde, das durchzuführen, was er für gut befinde. Er hat eine Zeitlang auch bei den Sozialdemokraten die Meinung aufkommen lassen, daß er eigentlich ihrem Programm gar nicht sehr fern stehe. In Wirklichkeit trägt aber Dr. Hermes die volle Verantwortung dafür, daß Maßnahmen zur Gesundung der Finanzen, die schon lange hätten vorgenommen werden müssen, immer wieder verschoben und hinterher, wenn sie sich nicht mehr verschieben ließen, sabotiert wurden. Zu diesen Maßnahmen gehört unter anderem die Auflage einer großen Goldanleihe, in Papier einzahlbar. Unter dem Einfluß der Bankfachverständigen, die sich auch im Reichswirtschaftsrat — wenn wir uns recht entsinnen mit Ausnahme Franz v. Mendelssohns — einer solchen Goldanleihe widersetzten, hat der frühere Reichsfinanzminister die Auflegung der Goldanleihe jedoch nur möglichen Widerstand geleistet. Erst kurz vor seinem Abgang, vielleicht in der Hoffnung, sich dadurch zu halten oder sich in das nächste Kabinett hinüberzuretten, hat er diese Widerstände fallen lassen.

Es ist bekannt, wie sehr es gerade bei Finanzmaßnahmen darauf ankommt, daß sie im richtigen Augenblick und früh genug ergriffen werden. Die neue Goldanleihe ist kennzeichnend dafür, wie man es machen muß, um die Wirkung einer an sich wünschenswerten und vernünftigen Maßregel von vornherein so fragwürdig wie möglich zu gestalten. Die Goldanleihe sollte stets die Aufgabe haben, neben der Wiederanregung der Spartätigkeit eine wertbeständige Anlagemöglichkeit auch gerade für die wirtschaftlichen Betriebsmittel zu bieten. Es sollte auf diese Weise die Sucht, Devisen oder Banknoten zu hamstern, eingedämmt und gleichzeitig überflüssiges Material an Banknoten an die Reichsbank zurückgeführt werden. In den Zeiten der Geldflüssigkeit, die vor wenigen Monaten noch in Deutschland herrschte, hätte eine solche Anleihe Wunder gewirkt. Die jetzigen Wochen sind ohnehin schon nicht sonderlich günstig. Aber die alte Regierung hat auch noch dafür gesorgt, daß die geringe Gunst des Moments dadurch vollkommen verscherzt wird, daß man gleichzeitig mit den Zeichnungsforderungen zur Goldanleihe Verordnungen und Gesetze über neue Steuern und über beschleunigte Steuernachzahlungen erscheinen läßt, die sich eigentlich gegenseitig ausschließen.

Wenn der Finanzminister Hermes und seine Vorgänger nicht aus Furcht vor gewissen Parteien und Kapitalistenschichten sich all die Jahre hindurch gescheut hätten, ehrliche Steuern auszuschreiben, so wären die Finanzen niemals in den Zustand geraten, den sie heute haben. Es würde niemals in Deutschland die heutige ungeheuerliche Inflation eingerissen sein. Die deutsche Wirtschaft wäre schon lange auf dem Wege zur Gesundung. Nur daß wohl die Vermögen einiger Großindustrieller etwas geringer wären als heute. Dann hätten wir auch niemals das immerhin ja etwas künstliche Mittel einer Goldanleihe gebraucht. Denn die Finanzen des Staates würden sich in einem leidlichen Zustande befinden. Vielleicht wäre dann auch inzwischen eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage möglich gewesen. Und das deutsche Volk würde heute zwar sehr hart arbeiten müssen, um seine nationale Existenz aufrecht zu erhalten. Aber es würde sich in seinen breiten Schichten selbst mit gekürzten, aber sicheren Einkommen behaglicher fühlen als heute, wo niemand weiß, ob Wochenlöhne von Dutzenden von Millionen auch nur noch ein bescheidenes Dasein garantieren.

Da man diesen Weg nicht ging, so mußte der Anfang zur Gesundung von der Geldseite her unternommen werden. Man mußte eben feste Verrechnungs- und Anlagemöglichkeiten gewähren, um auf diese Weise für die Sanierung der Finanzen überhaupt erst einmal einen gesunden Maßstab wieder zu schaffen. Das hätte, wie gesagt, schon vor Monaten geschehen sollen. Damals wäre die Goldanleihe als ein Segen begrüßt worden und hätte all die Wirkungen erzielt, die man von ihr erwartet. Wo wird denn aber heute das Kapital sein, das man in der Goldanleihe anlegen kann, wenn deren Zeichnung mit den Zahlterminen der neuen Steuern zusammentrifft. Auch diese neuen Steuern sollen ja einen Doppelzweck erfüllen. Sie sollen zunächst einmal für das Budget Erträge bringen, dann aber auch möglichst große Papierbeträge an das Reich zurückfließen lassen. Werden die Steuern ehrlich gezahlt, und werden jetzt eine Reihe von Leuten gezwungen, um die Steuer zahlen zu können, von ihrem Besitz zu veräußern, so würde die Inflation von zwei Seiten her bekämpft werden. Es würde sich nämlich eine Verringerung der Kaufkraft und gleichzeitig auch eine Reduktion der Preise ergeben. Aber dann ist natürlich nur ein sehr geringer Spielraum noch für die Goldanleihe soweit sie nicht aus Bankrotten und aus Kreisen der Großindustrie durch Hergabe von Devisen gezeichnet wird, die ja nur als Darlehen an das Reich aufgefaßt werden und jederzeit bei Bedarf wieder in Devisen umgetauscht werden können, falls das Reich endlich dazu kommt, einen Devisenfonds anzusammeln, aus dem berechtigte Interessenten in genügenden Maße für notwendige Einfuhren fremde Zahlungsmittel erhalten können.

Nun besteht aber leider die andere Wahrscheinlichkeit, daß man versuchen wird, auch diese Steuern wieder aus der Inflation zu bezahlen. Es ist durchaus richtig, daß auch diese Steuern noch immer nicht annähernd die Goldhöhe erreichen. Aber namentlich, wenn man bedenkt, daß gleichzeitig die Löhne der Arbeiter und Angestellten enorm hinaufgeschnellt sind, so bedeutet die Zahlung der Steuern für die Betriebe eine ganz außergewöhnliche Kapitalanspannung. Es ist vorauszusehen, daß gerade Betriebe ohne Riesenfinanzgewinne und insbesondere wieder solche, die bisher ehrlich Steuern bezahlt haben, ohne Kredite die Steuern kaum werden bezahlen können. Und es ist ebenso vorauszusehen, daß diejenigen, die sie bezahlen können, wenn sie Besitzteile realisieren, sich das allgemeine

Paris erwartet Entspannung.

Die entscheidende Sonntagsrede

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 17. August.

Der Eindruck einer „nahen Entspannung" besteht hier fort, obgleich keinerlei authentische Mitteilung darüber vorliegt, auf welcher Grundlage die erwartete Entspannung erzielt werden kann. Poincaré hüllt sich, wie immer vor wichtigen Entscheidungen, in Schweigen und überläßt es der Presse, sich von den umlaufenden Gerüchten und den darauf beruhenden Kombinationen zu eigen zu machen, was ihr beliebt. Die Ueberreichung der französischen Antwort auf die englische Note wird von den meisten Blättern für Montag angekündigt. Sollte diese Angabe zutreffen, so liegt die Annahme nahe, daß Poincaré die Antwort an England erst nach der mit Spannung erwarteten Sonntagsrede bekanntmachen wird. Es verlautet, daß Poincaré in der Antwort an England klar angeben werde, in welcher Hinsicht die Ruhraktion eingeschränkt werden soll, falls Deutschland auf den passiven Widerstand verzichte. Man hält es für möglich, daß Poincaré auch in der Sonntagsrede alle diese Fragen berühren wird.

Bei dieser Gelegenheit sei berichtigend bemerkt, daß meine Meldung vom 13. August, abends eine „offentliche" Erklärung der französischen Regierung über die eventuelle Einschränkung der Ruhraktion als wahrscheinlich bezeichnete, nicht eine „offizielle" Erklärung, wie infolge eines Uebertragungsfehlers gedruckt worden ist. Von einer französischen Sonderantwort auf die deutsche Juninote ist hier nicht die Rede gewesen.

„Journée Industrielle" äußert Freude darüber, daß Poincaré in der Antwort auf die englische Note einen positiven Reparationsplan vorschlagen wolle. Das Blatt ist überzeugt, daß dieser Schritt Poincarés eine wesentliche Entspannung zwischen Paris und London herbeiführen werde bedeuten aber, daß nicht statt der brieflichen Darlegung des französischen Programms vor der großen Oeffentlichkeit ein diskreter französisch-englischer Meinungsaustausch darüber stattfinde. „Journée Industrielle" führt weiter aus, es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn von französischer Seite der Eindruck hervorgerufen würde, daß Frankreich aus Enttäuschung über England eine Annäherung an Deutschland erstrebe. Eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung sei in höchstem Maße zu wünschen, da sie der „Natur der Dinge und den Bedürfnissen Europas entspreche." Aber man dürfe diesen Weg „nicht aus Enttäuschung" einschlagen. Frankreich müsse als Grundlage seiner Politik immer die alten Bündnisse betrachten.

Die „Opinion" bemerkt in ihrem heutigen Heft, daß es ein Fehler wäre, wenn Frankreich auf die Aufrichtigkeit Stresemanns baute. Ein zweiter Fehler wäre es nach dieser Wochenschrift, wenn die wirkliche Autorität Stresemanns von französischer Seite überschätzt würde. Aber es wäre noch ihr dritter Fehler, wenn Frankreich die Möglichkeit vernachlässige, die durch Stresemanns Ernennung geschaffen werden.

Die extrem-nationalistische „Libre Parole" warnt Poincaré heute aufs neue davor, England und Deutschland gegenüber in irgendeiner Weise „Schwäche zu zeigen". Das Blatt behauptet, die Auflösung des von Bismarck geschaffenen Reiches sei niemals näher gewesen als in diesem Augenblick. Man müsse am gesunden Menschenverstand der Franzosen verzweifeln, wenn dieser Augenblick von Frankreich benutzt würde, um die deutschen Schulden herabzusetzen, Deutschland ein Moratorium zu bewilligen und die Gesamtregelung um zehn Jahre zu vertagen.

Auch der als extrem-nationalistisch bekannte Außenpolitiker des „Journal" fordert die Regierung auf, die Ruhraktion fortzusetzen und noch zu verschärfen, da nur bei vollständiger Zerstörung der deutschen Widerstandskraft eine „Lösung" möglich sei.

Londoner Erwartungen.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 17. August.

Pariser Meldungen besagen, daß Poincaré seine Sonntagsrede zu einer Polemik gegen die unfreundlichen Teile der letzten englischen Note benutzen werde, während die französische Note, die Anfang nächster Woche in London überreicht werden soll, sich nur mit der völkerrechtlichen Erörterung der Besetzungspolitik und der Schuldenfrage befassen werde.

Poincaré soll ferner die Absicht haben, seiner Note an England eine „Denkschrift" beizugeben, in der auseinandergesetzt wird, daß er nicht beabsichtige, im Ruhrgebiet zu bleiben, bis die letzte Reparationszahlung von Deutschland geleistet werde, sondern daß sich die französische Regierung sehr wohl vorstellen könne, daß, sobald die deutschen Zahlungen wirksam geworden seien, die Besetzung des Ruhrgebiets durch andere wirksame Garantien ersetzt werden könnte.

In dieser Denkschrift soll Poincaré gleichfalls, wie behauptet wird, auseinandersetzen, daß interalliierte Verhandlungen über die Reparationsfrage mit Deutschland erst erfolgen könnten, wenn der passive Widerstand abgebaut worden sei, soweit er auf amtlichen deutschen Maßnahmen beruhe, daß es aber im übrigen sehr wohl möglich sei, daß Deutschland der **Reparationskommission** Mitteilungen finanzieller Art mache, die geeignet wären, eine Reparationsregelung zu fördern.

In dieser Denkschrift oder in der Note soll Poincaré weiterhin nach Mitteilungen der englischen Journalisten, die im französischen Außenministerium gemacht wurden, auseinandersetzen, daß Frankreich damit einverstanden wäre, die Reparationsfrage vorläufig auf der **Basis einer Gesamtsumme von 50 Milliarden Goldmark** zu regeln, von denen England 11 Milliarden erhalten würde, falls England und die Vereinigten Staaten einverstanden seien, daß die Tilgung der französischen und italienischen Schulden im Auslande ausgesetzt würde, bis der Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete beendet sei und alsdann eine grundlegende Neugestaltung des französischen Budgets vorgenommen werden könne. Sei der Wiederaufbau beendet und habe Deutschland sich im nächsten Jahrzehnt erholt, so werde man eher in der Lage sein, abzuschätzen, ob ein Teil der Bonds der Reihe C zur Regelung der Schuldenfrage verwendet werden könne.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" hält es für nötig, heute den Pariser „Temps" zu verhöhnen, weil dies Blatt in seinen jüngsten Artikeln behtrebt sei, die Reparationsfrage für das Kabinett Stresemann, wie er behauptet, „ausschließlich auf Kosten Englands" lösbar zu machen. Jedes Vorschlag ist anscheinend nach Ansicht dieses Journalisten von Uebel, der geeignet sein könnte, die schwierige Aufgabe des ihm unbequemen Kabinetts Stresemann zu erleichtern.

Poincarés „Land"arbeit.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 17. August.

Die Morgenblätter bestätigen, daß die Antwort Poincarés auf die letzte englische Note fertiggestellt sei. Dem „Matin" zufolge hat Poincaré die Note allein ausgearbeitet, und zwar im Laufe eines einzigen Tages auf seinem Landgut in Sampigny in Lothringen.

Nach Brüsseler Meldungen ist auch die Antwort der belgischen Regierung auf die englische Note sozusagen fertig. Dem „Petit Parisien" zufolge betont die belgische Antwort, daß die englischen Forderungen hinsichtlich der belgischen Priorität „unannehmbar" seien. Sie hebe ferner den Wert der belgischen Sachverständigengutachten hervor.